

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Herbst 1959

Am 7. Oktober begingen die Partei- und Staatsfunktionäre der SBZ mit großem Aufwand und bei starker Anteilnahme der Länder des Ostblocks das zehnjährige Bestehen des Zonenstaates. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung nahm diesen „Feiertag“ als einen der Tage hin, an denen man nach Absolvierung der vorgeschriebenen Demonstration, der man sich nur schwer entziehen kann, zusätzliche Erholungsstunden genießen darf. Wie üblich war dieses „Jubiläum“ mit einer Reihe besonderer Attraktionen verbunden: Sonderschichten, Selbstverpflichtungen, vorfristige Planerfüllungen, Preissenkungen und schließlich eine neue Fahne der „DDR“.

Schon seit Monaten waren die volkseigenen Betriebe dazu angehalten worden, zu Ehren des Geburtstages der „Republik“ mit besonderen Leistungen aufzuwarten. Diesem Ziel dienten Wettbewerbe, Sonderschichten usw. Gewiß ist dabei eine ganze Menge Positives erreicht worden, aber mutet es nicht wie ein grandioser Schilfbürgerstreich an, wenn viele dieser Betriebe nach der „Geburtstagsfeier“ für 14 Tage und länger Betriebsferien machen mußten, weil sie ihre für eine plangerechte Produktion vorgesehenen Fertigungsmaterialien eben auch vorfristig aufgebraucht hatten und nun mit leeren Lagern dastanden? Wem ist mit solcher Steigerung des Produktionstempos gedient, wenn hinterher der gewonnene Zeitvorsprung abgefiebert werden muß?

Hier erhebt sich doch die Frage, ob örtliche Übererfüllungen des Planes in zeitlicher Hinsicht in diesem System der vollständigen Planung von Produktion, Verteilung und Verbrauch nach Mengen und Werten nicht an anderen Stellen des aufeinander, und zwar auf plangerechte Entwicklung abgestimmten Wirtschaftsapparates zu Störungen führen müssen. Wo solche Störungen nicht auftreten, war entweder die Planung falsch oder die Betriebe verfügten über schwarze Materialbestände. Als letzter Ausweg bliebe dann tatsächlich nur noch die zeitweilige Stilllegung von Betrieben, um dadurch wieder in den allgemeinen Rhythmus hineinzukommen.

In der Wirtschaft der SBZ wird nämlich fast ganz ohne Reserven und Polster gearbeitet, die den Betrieben eine mehr oder weniger große Elastizität verleihen würden. Es gibt allerdings auch elastische Planungsbestandteile in der Produktion der SBZ, aber darüber wird offiziell wenig berichtet. Es handelt sich dabei um die

in der Planung berücksichtigte Ausschußproduktion, deren Quote aus irgendwelchen Gründen unterschritten werden kann. Hier handelt es sich um wirkliche Reserven, aber ist es nicht zugleich, ein beschämendes Schwächezeichen, wenn nach zehn Jahren „Planwirtschaft“ noch zum Teil recht hohe Ausschußquoten und Betriebsverluste geplant werden müssen? Dieser Zustand wäre ja sogar in der nach Moskaus Meinung anarchischen kapitalistischen Wirtschaft eine Ausnahme, weil sie rentabel arbeiten muß. In einer „wissenschaftlich exakt fundierten und dem Kapitalismus überlegenen Wirtschaft“ sowjetischer Provenienz dürfte so etwas nicht vorkommen.

Zu diesem Thema waren kürzlich im *Neues Deutschland* der SED sehr aufschlußreiche Erörterungen prominenter Finanzleute der SBZ abgedruckt. Der Abteilungsleiter *Kaiser* des Finanzministeriums, dem als Schwabe ja eine ausgeprägte Neigung zur Sparsamkeit eigen sein dürfte, wies darauf hin, daß in den meisten Betrieben der technische Fortschritt nicht im Zusammenhang mit der erforderlichen Verbesserung der Rentabilität gesehen werde: „Einen außergewöhnlichen Fall der Unterschätzung der Finanzkontrolle und der Einheit zwischen materieller und finanzieller Planung bietet die VVB Energiemaschinenbau. Sie wies ihre Betriebe direkt an, 1960 bis 1965 einen Finanzplan überhaupt nicht aufzustellen. Sie stellte den Finanzplan selber am grünen Tisch auf.“

Dies ist eine außergewöhnlich aufschlußreiche Kritik. Wenn nämlich Kaiser die Schreibtische einer VVB — sicherlich nicht zu Unrecht — als grüne Tische bezeichnet, um wieviel grüner müssen dann die Tische der obersten Planungszentralen der SBZ, nämlich der Staatlichen Plankommission und des Finanzministeriums, sein?

Ferner kritisierte er die ungenügende Neigung der Zonenindustrie, Kredite zur Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen aufzunehmen, insbesondere in der elektrotechnischen Industrie, in der Textilindustrie, der chemischen Industrie, aber auch in der optischen Industrie und dem Maschinenbau: „Es klingt unglaublich, daß solche bedeutenden Betriebe wie der VEB Carl Zeiss Jena und die Bunawerke, ja sogar eine ganze VVB, nämlich die VVB Nagema, in diesem Jahr überhaupt noch keinen Kredit für die Rationalisierung und Kleinmechanisierung in Anspruch genommen haben!“

Wie wollen die volkseigenen Betriebe mit solcher Auffassung den technischen Wettbewerb mit der Bundesrepublik führen oder gar erfolgreich gestalten? Wie wollen sie mit dem Problem fertig werden, in den nächsten sieben arbeitsreichen Planjahren die vorgesehene Produktionssteigerung zu verwirklichen, ohne daß sie zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können, weil die Zahl der Arbeitskräfte in der SBZ nicht mehr erhöht werden kann, so daß für Produktionssteigerungen Rationalisierung und Erhöhung

der Arbeitsproduktivität unabdingbare Voraussetzung sind. Unter der Überschrift: „Verschwendung eingeplant“ kommt Kaiser dann auf den Kern der hier behandelten Fragen: „Für 1959 wurden im Maschinenbau (der Parade-Industrie der SBZ, die nach wie vor in erster Linie die Bedürfnisse der Ostblockpartner, nicht aber der eigenen Industrie befriedigen muß; der Verf.) für einen nicht plangerechten Arbeitsablauf, für Nacharbeiten, Ausschuß usw. 274 Mill. DM und in der Textilindustrie für mindere Qualität 43 Mill. DM vorsorglich beiseite gelegt. Im ersten Halbjahr 1959 bestand bereits eine hohe Inanspruchnahme dieser Kosten.“ Welche Reserven liegen in diesem Zustand höchster Unwirtschaftlichkeit! Aber lassen sie sich je mobilisieren?

Auf diese Frage gibt ungewollt ein Mitarbeiter der Notenbank der SBZ in der gleichen Ausgabe der SED-Zeitung die Antwort. Er befaßte sich mit den Qualitätsmängeln der Konfektionsindustrie und schrieb, die Produktion wäre sicherlich ausgezeichnet, „wenn die Kollegen und Kolleginnen das Gefühl hätten: Das ist unser Betrieb, hier bestimmen wir mit.“ Dies ist des „Pudels Kern“. Der Begriff „volkseigen“ steht nur auf dem Papier. Das in der sowjet-sozialistischen Ideologie behauptete Gefühl der direkten Verbundenheit der Werktätigen mit den Staatsbetrieben ist nicht oder nur in Ausnahmefällen vorhanden. Dies nach zehn Jahren Ulbrichtscher Beeinflussung festzustellen, ist nicht uninteressant.

Zehn Jahre kommunistisches Experiment in Mitteldeutschland geben berechtigten Anlaß, diese Frage noch weiter zu vertiefen. Die menschliche Arbeitskraft ist bisher in der SBZ maximal beansprucht worden, ohne daß die Werktätigen den adäquaten, maximalen Nutzen daraus ziehen konnten. Solange es in der menschlichen Natur liegt, einen der Leistung entsprechenden Nutzen anzustreben, wird auf lange Sicht ein zu geringer Nutzen die Leistungswilligkeit mindern, es sei denn, es handelt sich um einen fanatischen Idealisten, dem kein persönliches Opfer für sein Ideal zu hoch ist. Man verstehe hierbei unter Nutzen nicht nur den materiellen Bereich — eine Denkweise, die in der Bundesrepublik den „Tanz um das goldene Kalb Lebensstandard“ hat akut werden lassen. Der die Leistung rechtfertigende Nutzen liegt auch im immateriellen Bereich. Hierauf sollte in der Auseinandersetzung mit dem Osten viel mehr Wert gelegt werden als bisher; denn — langfristig gesehen — ist dieser Bereich für sein gesamtes Ordnungssystem viel problematischer und gefährlicher als das — nennen wir es ganz vulgär — Fressen und Saufen.

*

Wahrscheinlich zur Erzeugung der richtigen Festtagsstimmung hat die Wirtschaftsverwaltung der SBZ kurz vor dem großen Jubiläum Preissenkungen für Kaffee und Weine verfügt. Das

Pfund Bohnenkaffee, noch dazu selten erhältlich und meist schlecht geröstet, kostete bis zum 1. Oktober 1959 noch immer 40 DM. Nunmehr soll zum gleichen Preis die Kaffeesorte „Mona“, „eine aromatisch hochwertige Edelmischung, die besonders hohen Ansprüchen genügen soll“ (laut *Neues Deutschland*), verkauft werden. Außer dieser indirekten Preissenkung ist auch eine direkte angeordnet worden. Für 30 DM das Pfund kann man in der SBZ nunmehr die Kaffeesorte geringerer Qualität mit dem Namen „Kosta“ kaufen. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Kaffeemarkt in der SBZ entwickelt. Daß das Angebot an gutem Kaffee gering bleiben wird, geht aus der Anordnung hervor, die besagt, daß in den Gaststätten nur die billigere Sorte Kaffee ausgeschenkt wird. — Rot- und Weißweine aus Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und der Sowjetunion sind um durchschnittlich 22 vH und Dessertweine um durchschnittlich 10 vH gesenkt worden. Das Angebot an Weinen ist relativ reichhaltig in der SBZ.

Mit der Preissenkung für diese Genußmittel war die Wirtschaftsverwaltung der SBZ psychologisch gut beraten, mit der Schaffung einer *neuen Fahne* jedoch nicht. Ihre Bedeutung liegt zwar nicht unmittelbar auf wirtschaftlicher Ebene, aber ihre Schaffung hat auch wirtschaftspolitische Folgen, die man nicht verkennen sollte, auch wenn man voller Erbitterung an die Verunzierung der Farben Schwarz-Rot-Gold mit Hammer und Zirkel denkt. Die Zone hat es bisher im Ausland, vor allem in Afrika sowie im Vorderen Orient und im Fernen Osten, sehr gut verstanden, auf Grund der vielfach dort anzutreffenden Ahnungslosigkeit gegenüber der deutschen Teilung und auch unter Ausnutzung der unverständlichen westdeutschen Inaktivität, hier aufklärend zu wirken, durch Ausstellungen, Handelsmissionen, direkte Wirtschaftshilfe usw. den wirtschaftlichen goodwill, den Deutschland von früher her und den die Bundesrepublik in der Gegenwart in diesen Ländern genießt, für sich auszuwerten, wobei ihr die gemeinsame Fahne als Feigenblatt treffliche Dienste geleistet hat. Das ist nun vorbei. Hier hat *Ulbricht* wahrlich ins Schwarze getroffen. Nun tritt auch nach außen der unterschiedliche „Geburtsort“ bei allen Aktionen des Außenhandels und der Hilfe für Entwicklungsländer klar zutage.

Diese Gewißheit enthält aber für die Bundesrepublik die Verpflichtung, in Zukunft diesen deutschen Wettbewerb im Ausland sorgfältig zu betreiben; denn die neue, eigene Visitenkarte der SBZ wird ihr Veranlassung sein, auf diesem Gebiet ebenfalls die Leistungen zu steigern. Da in diesem Wirtschaftssystem die Kosten eine untergeordnete Rolle spielen und der Außenhandel erklärtermaßen ein Instrument der Außenpolitik ist, und da ferner die technische Leistungsfähigkeit der SBZ nicht gering eingeschätzt werden darf, ist hier mit einem scharfen Wettbewerb zu rechnen.

Hinzu kommt, daß die Bedienung des Außenmarktes in den Planungsgesetzen Vorrang genießt und daß die Erzeugung erster Qualität exportiert zu werden pflegt. Die Leipziger Herbstmesse machte dies wieder sehr deutlich. Die Erzeugnisse des Maschinenbaus wiesen für den Export ein höheres Niveau auf, als auf dem Binnenmarkt anzutreffen ist. Wir haben bisher auf dem Weltmarkt Störungsversuche der Ost-Länder in der Form des Dumpings des öfteren erlebt. Dieses Dumping verlangte im Erzeugerland staatliche Preiszuschüsse. Sie bedeuten für den Steuerzahler zusätzliche Belastungen. Daneben muß er nun also auch Qualitätsmängel hinnehmen, um das Ansehen der Ost-Exporte zu sichern.

Zur Frage des Ost-West-Wettbewerbes im Außenhandel mit den Entwicklungsländern ist außerdem ein Faktor zu erwähnen, der die industrielle Leistungsfähigkeit der Ostblockländer beträchtlich heben soll. Nachdem *Chruschtschow* im Gegensatz zu dem bis dahin verfolgten Prinzip, jedes Land zu industrialisieren, das Prinzip der Arbeitsteilung und die Berücksichtigung von Standortvorteilen als auch für einen Bolschewisten salonfähige Grundsätze genehmigt hatte und die Regel getroffen war, als Industrieländer des Ostblocks neben der Sowjetunion in erster Linie die SBZ, Polen und die Tschechoslowakei anzusehen, geht man nunmehr auf dem Weg der „Spezialisierung und Kooperation“ — also der Typenbereinigung und der Festlegung einzelner Länder auf bestimmte Fertigungszweige — dazu über, die Industrieländer des Ostblocks in einzelnen Produktionen zu Spezialisten zu entwickeln. Damit steigt auch die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit, eine im Innenverhältnis für den Kreml sehr erwünschte politische Entwicklung, aber hierin liegen natürlich auch gewisse Chancen, den technischen Rationalisierungsprozeß zu intensivieren und zu beschleunigen. Dies sollte die Länder des freien Teils von Europa zusätzlich dazu veranlassen, der industrietechnischen „Kleinstaaterei“ und Zersplitterung noch energischer zu Leibe zu gehen.

Außenhandelsminister *Rau* der SBZ sprach auf der Leipziger Messe auch zu dieser Frage und hob dabei hervor, daß die Handelsbeziehungen zwischen den Ostblockländern, auf die auch in Zukunft rd. 75 vH des Außenhandels der SBZ entfallen sollen, nach Leistung und Gegenleistung bereits bis zum Jahre 1965 aufeinander abgestimmt seien. Der Außenhandelsumsatz der SBZ, der im Jahre 1958 rd. 14,5 Mrd. DM betragen haben soll, wird nach diesen Plänen — allerdings einschließlich des Interzonenhandels und des Außenhandels mit den Ländern außerhalb des sowjetischen Einflußbereiches — auf 25 Mrd. DM ansteigen. Nicht ohne Absicht erwähnte *Rau* bei seiner Ansprache: „Unsere Republik hat bewiesen, daß sie mit ihren ganzen Kräften die ökonomischen und politischen Selbstständigkeitsbestre-

bungen der unabhängigen Staaten in Asien und Afrika unterstützt. Das ist die Grundlage unserer Handelspolitik.“

Hier handelt die SBZ unmittelbar in sowjetischem Auftrag und Interesse. Sie wird dafür von Rußland unterstützt werden müssen. „Wie kaum ein anderes hochentwickeltes Industrieland ist die DDR auf die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten angewiesen, da wir nur über eine relativ schwache Rohstoffbasis verfügen“, gab *Rau* zu. Das Schergewicht der im Siebenjahresplan festgelegten Einfuhren entfällt daher auf solche Produktionsgüter. In welchem Maße die anderen Ostblockpartner mit der Exportkapazität der SBZ rechnen, ergibt sich aus den für den Außenhandel der SBZ im Siebenjahresplan vorgesehenen Zuwachsraten. Der gesamte Umsatz soll um 72 vH zunehmen, der Export aber um 86 vH, und zwar der Export der metallverarbeitenden Industrie um 95 vH, der chemischen Industrie um 100 vH und der Leichtindustrie um 94 vH. Im Plangesetz ist eine Tabelle über die Einfuhr „wichtiger Waren“ enthalten, die Steinkohle, Erdöl, Roheisen, Walzstahl, Kupfer, Aluminium, Wolle, Baumwolle, Schnittholz, Derbnutzholz, Zellstoff und rohe Haut umfaßt. Für sie sind verbindliche Mengen angegeben. Die Einfuhr von Nahrungsmitteln und industriellen Konsumgütern wird dagegen mit einem ziemlich unverbindlichen Satz abgetan.

Das ist nur logisch, wenn auch dem Verbraucher von Staats wegen noch immer blauer Dunst vorgemacht wird, wie sehr seine Versorgung im Vordergrund aller Bemühungen stünde. *Rau* hatte sich noch auf der Leipziger Messe zu der Behauptung hinreißen lassen, „daß wir (die SBZ, d. Verf.) ab 1961 Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch an Nahrungs- und Konsumgütern überholen“. Wenn man jedoch bedenkt, daß bis 1965 die Produktion von Produktionsmitteln im Vergleich zu 1958 um 95 vH und die von Konsumgütern nur um 77 vH zunehmen soll und daß unter den Industriezweigen der SBZ ausgerechnet den schon heute unterentwickelten Zweigen der Konsumgütererzeugung die niedrigsten Zuwachsraten zugestanden worden sind, so ist unter Berücksichtigung der relativ schwachen Einfuhrmöglichkeiten nur ein geringer Spielraum für die Verbesserung der allgemeinen Versorgungssituation gelassen worden.

Geplante Zuwachsraten der Industrie der SBZ von 1958 bis 1965

Grundstoffindustrie	um 90 vH auf 32,8 Mrd. DM
darunter:	
Metallurgie	um 85 vH auf 6,9 Mrd. DM
Chemische Industrie	um 105 vH auf 18,1 Mrd. DM
Baustoffindustrie	um 134 vH auf 2,6 Mrd. DM

Metallverarbeitende Industrie
um 118 vH auf 39,8 Mrd. DM
darunter:
Schwermaschinenbau
um 110 vH auf 6,7 Mrd. DM
Allgemeiner Maschinenbau
um 148 vH auf 7,0 Mrd. DM
Elektrotechnik
um 166 vH auf 10,6 Mrd. DM
Leichtindustrie um 84 vH auf 24,2 Mrd. DM
Lebensmittelindustrie
um 39 vH auf 12,4 Mrd. DM

Diese unterschiedlichen Zuwachsraten würden bei voller Realisierung die Industriestruktur der SBZ in folgender Weise verändern (in vH):

	1958	1965
	Ist	Plan
Grundstoffindustrie	30,0	30,0
Metallverarbeitende Industrie	31,8	36,4
Leichtindustrie	22,9	22,1
Lebensmittelindustrie	15,3	11,5

Der Verbraucher in der SBZ kann allerdings damit rechnen, daß der starke Zuwachs des allgemeinen Maschinenbaus in der Form einer gesteigerten Herstellung von Kraftfahrzeugen, Fernsehgeräten, Kühlschränken und Waschmaschinen auch ihm zugute kommen wird. Jedenfalls ist das im Plan so festgelegt worden. Aber er hat es schon bisher oft sehr drastisch erfahren, daß die gute Versorgung nicht nur ein quantitatives, sondern auch ein qualitatives Problem ist. Der Kundendienst, die Garantieleistungen, der Reparaturdienst und die Ersatzteilversorgung für diese industriellen Konsumgüter sind in der SBZ eine glatte Katastrophe, verglichen mit dem Zustand in westlichen Industrieländern. Der Siebenjahresplan geht hierauf mit den vielsagenden Worten ein: „Von besonderer Bedeutung ist eine ausreichende

und sortimentsgerechte Bereitstellung von Ersatzteilen, die Erweiterung des Instandsetzungsdienstes für Produktionsmittel sowie des Kunden- und Wartungsdienstes für hochwertige Konsumgüter.“ Und an anderer Stelle: „Alle Betriebe, die technische Konsumgüter herstellen, haben unter Beteiligung des Handwerks und der örtlichen Industrie einen solchen Garantie- und Kundendienst einzurichten (hier wird also seine Nichtexistenz offiziell zugegeben! der Verf.), durch den alle Verbraucher schnell und in guter Qualität versorgt werden. Sie sind verpflichtet, ihre Vertragswerkstätten ausreichend mit Originalersatzteilen zu versorgen und durch hohe Qualität ihrer Erzeugnisse beizutragen, den Umfang der Reparaturarbeiten möglichst niedrig zu halten.“

In dem Siebenjahresplan, der praktisch den 2. Fünfjahresplan zu Grabe getragen hat (denn der sollte bis zum Jahre 1960 gehen, während der Siebenjahresplan bereits 1959 begonnen hat), bleibt das für den Menschen unbefriedigende Mißverhältnis zwischen seiner Funktion als Arbeitskraft und seiner Funktion als Konsument weiter erhalten. „Wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“, verkünden zum Trost unzählige Transparente. Dieses „morgen“ ist für die nutznießende Schicht der obersten Partei- und Staatsprominenz bereits ein „heute“. Es wird für die anderen „Staatsbürger“ noch sehr, sehr lange und vielleicht sogar immer ein „morgen“ bleiben.

In der Einleitung zum Siebenjahresplan heißt es: „Das Volk arbeitet nicht mehr für den kapitalistischen Profit, sondern für den eigenen Wohlstand und für das Wohl der sozialistischen Gesellschaft“. So kann man es natürlich auch ausdrücken. Die Diskrepanz zwischen „Soll“ und „Ist“ bleibt dieselbe.

Dr. Walter Meier